



Zukunft des Finanzplatz Frankfurt: Analyse und Handlungsbedarf

von

Boris Augurzky

Anke Fabian (Projektleitung)

David F. Milleker

Josef Oelschläger

Petra Rossbrey

I. Analyse

A. Bang Day: Frankfurt ohne Banken

Stellen Sie sich einmal den 31.12.2003 so vor: Im Sommer wurde die Deutsche Bank von einem US-Konkurrenten endgültig übernommen, die Dresdner Bank als Dachmarke geschlossen, die Commerzbank aufgelöst...

Ganz fraglos ist Frankfurt für deutsche Ohren inzwischen bereits so sehr zum Synonym für die glitzernden Fassaden der Bankenwelt geworden, dass sich kaum jemand vorzustellen vermag, dass sich dies jemals ändern könnte. Man sollte sich jedoch auch nicht täuschen: Mit der Einführung des Euro und den neuen Handelstechnologien für Finanzprodukte bildet sich mit geradezu rasanter Geschwindigkeit ein einheitlicher Kapitalmarkt für ganz Europa heraus. Und für diesen gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt wird Frankfurt nicht ganz so konkurrenzlos die Führungsrolle übernehmen wie dies noch in den überschaubaren Grenzen Deutschlands der Fall war. Dabei geht es nicht nur um Frankfurt als Stadt – es geht genauso darum, Deutschland als Drehscheibe für Finanzkapital im Herzen Europas fest zu verankern. Privatwirtschaft, Kommunal-, Landes- und Bundespolitik müssen hier Hand in Hand zusammenarbeiten. Denn die Entscheidung darüber, ob Frankfurt oder eine andere Stadt zur europaweiten Finanzmetropole wird, fällt noch in diesem Jahrzehnt.

B. Finanzplatz Frankfurt – mehr als nur glitzernde Bankentürme

Der Finanzplatz Frankfurt ist viel mehr als nur große Bürotürme. In Frankfurt sind derzeit 336 Banken aktiv. Hinzu kommen noch mehr als tausend weitere Finanzdienstleister, die sich um die Vermittlung von Geld und Kredit, Aktien und Wertpapieren sowie Fonds und Versicherungen kümmern. Allein die Banken beschäftigten im Jahr 2001 78.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das sind 10,8 %



aller in Frankfurt tätigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Dazu kommen auch noch die Versicherungen mit weiteren 13.000 Beschäftigten, die sonstigen Finanzdienstleister mit rund 100.000 Angestellten sowie viele Unternehmen im Umfeld der Finanzbranche wie Sicherheitsdienste, Softwarehäuser, Unternehmensberatungen, Rechtsberater und Unternehmen für Transport und Logistik. Dabei sind die öffentlichen Arbeitgeber wie Bundesbank und Europäische Zentralbank noch nicht einmal mitgerechnet. Der Finanzplatz Frankfurt ist somit ein wichtiger Motor für Wirtschaft und Beschäftigung in Hessen.

C. Intensiver Wettbewerb um führende Stellung in Europa

Frankfurt verdankt seine Stellung als führender Finanzplatz in Deutschland nicht zuletzt der Besonderheit der deutschen Teilung nach dem zweiten Weltkrieg. Analog zu Großbritannien und Frankreich war die Schaltstelle des Geldes bis 1945 ebenfalls in der politischen Hauptstadt des Landes konzentriert. Nach dem zweiten Weltkrieg war dies aufgrund der Insellage Berlins nicht mehr möglich. Die deutschen Großbanken siedelten sich in Frankfurt neu an. Dort fanden sie vor allem die Infrastruktur eines alten Handelsplatzes mit einer schon in der Vorkriegszeit bedeutenden Messe vor. Dazu zählte insbesondere die gute Anbindung an alle modernen Verkehrswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie die geografisch zentrale Lage in Westdeutschland. Frankfurt ist somit kein geborener Finanzplatz, sondern verdankt seine Entwicklung historischen Besonderheiten.

Die Stellung Frankfurts als zentraler Finanzplatz ist vor allem aufgrund jüngerer Entwicklungen im technologischen und politischen Bereich in Frage gestellt. So haben einerseits die Verbesserungen im Bereich der **Informations- und Kommunikationstechnologien** dazu geführt, dass Finanztransaktionen nicht mehr räumlich und zeitlich gebunden sind. Im Prinzip kann jede Art von Finanztransaktion von jedem Ort der Welt aus an einem beliebigen anderen Ort abgewickelt werden. Diese Entwicklung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass seit den 80er Jahren ein Großteil aller Börsentransaktionen konzentriert in Frankfurt abgewickelt werden, während die Regionalbörsen wie Stuttgart und Düsseldorf fast bedeutungslos geworden sind. Andererseits hat die **Einführung des Euro** in zwölf Ländern auch das Währungsrisiko für Finanztransaktionen innerhalb der Währungsunion beseitigt. Damit ist davon auszugehen, dass sich innerhalb des Euro-Raums derselbe Konzentrationsprozess ablaufen wird, der in Deutschland bereits abgeschlossen ist: Die Fokussierung auf einen zentralen Finanzplatz. Diese Entwicklung hat bereits mit dem Zusammenschluss der Börsen von Paris, Amsterdam und Brüssel begonnen.

Dieser Konzentrationsprozess wird letztlich dazu führen, dass innerhalb des Währungsraumes nur ein Hauptbörsenplatz verbleibt. Der Grund hierfür ist die Anziehungskraft, welche die Liquidität eines Marktes ausübt. Je mehr Finanzkapital in einem Markt gebündelt ist, desto leichter kommen Käufer und Verkäufer zusammen. Und da der Wertpapierhandel durch einen hohen Anteil an Fixkosten gekennzeichnet ist, fallen die Kosten je Transaktion überproportional zur Zahl der getätigten Transaktionen. Die Existenz von Marktliquidität wirkt somit wie ein Magnet für weitere Teilnehmer. Der Liquiditätseffekt führt zu einem „natürlichen“ Monopol im Finanzmarkt. Er existiert innerhalb jedes einzelnen Marktsegments, zwischen unterschiedlichen Marktsegmenten – etwa Aktien einerseits und festverzinslichen Wertpapieren andererseits – ist die Wirkung jedoch eingeschränkt. Die räumliche Trennung zwischen New York als Hauptort für die Abwicklung von Aktien- und Wertpapierhandel und Chicago als Hauptmarkt für

Termingeschäfte macht deutlich, wie eine solche „Arbeitsteilung“ auch in Europa aussehen könnte.

Auch wenn Frankfurt im Wettstreit um die führende Stellung in Europa durch den Sitz der EZB einen gewissen Startvorteil besitzt, ist keinesfalls ausgemacht, dass es aus dem Wettstreit erfolgreich hervorgehen wird. Der Einführung des Euro werden weitere Harmonisierungsschritte im europäischen Finanzwesen folgen. Dazu zählen neben transnationalen Fusionen von Banken vor allem die politische Harmonisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, die letztlich in einer europäischen Finanzmarktaufsicht münden werden.

D. Chancen und Risiken

Die zuvor skizzierten Entwicklungen stellen zweifellos die Führungsrolle, die Frankfurt innerhalb der Bundesrepublik innehatte, essentiell in Frage. Der Wettbewerb, dem sich Frankfurt unter den Rahmenbedingungen der Währungsunion stellen muss, hat eine andere Qualität als der Wettbewerb innerhalb Deutschlands: „Champions League statt Bundesliga“ wenn man es bildlich ausdrücken möchte.

Dieser qualitativ anders gelagerte Wettbewerb stellt für Frankfurt jedoch nicht nur ein Risiko dar. Man kann viel verlieren, aber noch mehr gewinnen, wenn man die Herausforderungen offensiv annimmt. Dazu müssen konsequent Schwachpunkte beseitigt und Stärken ausgebaut werden. Wir wollen im Folgenden zunächst Chancen und Risiken aus exogenen Entwicklungen ableiten, bevor wir in Abschnitt E Stärken und Schwächen Frankfurts aufarbeiten.

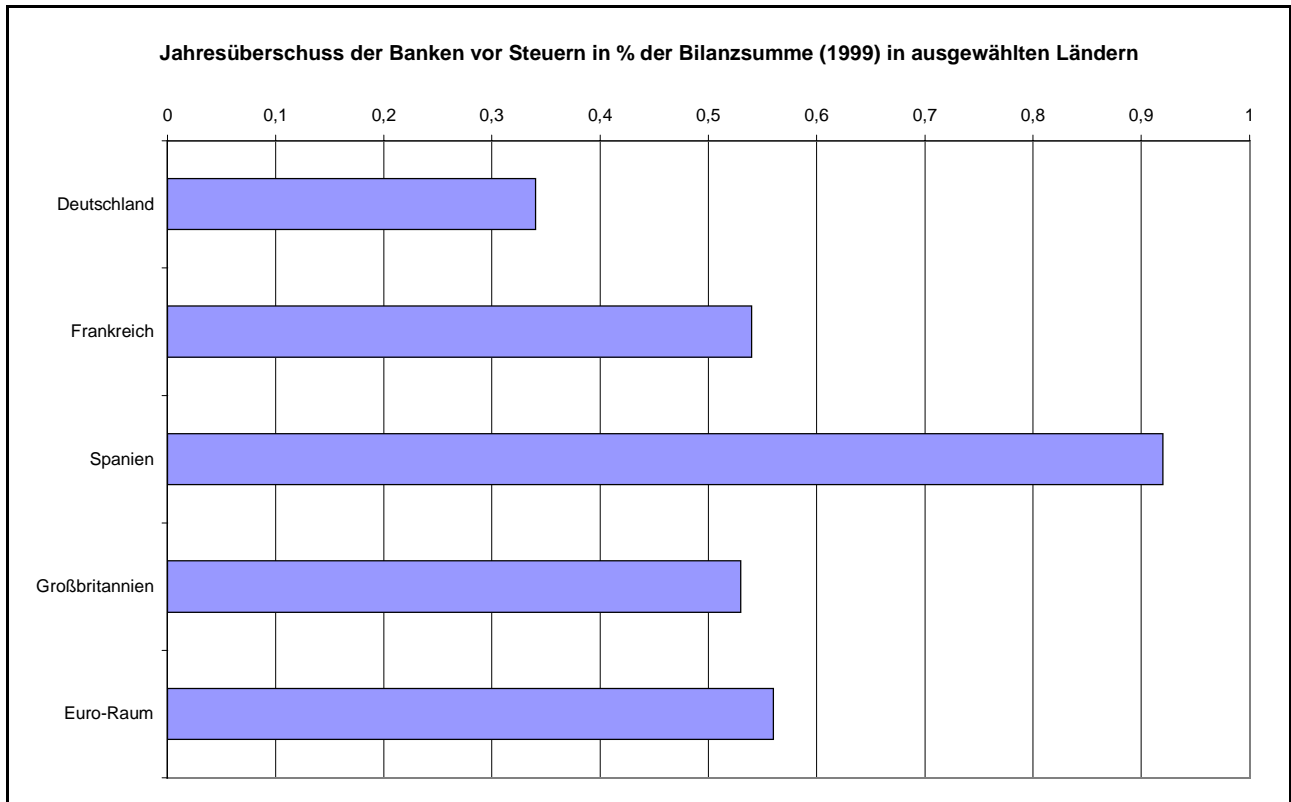
1. Chance: Osterweiterung der EU

Die im Jahr 2004 anstehende Osterweiterung der europäischen Union ist für Frankfurt eine große Chance, sein internationales Profil als Finanzdrehscheibe zu festigen. In einer ersten Phase als Hauptstandort für den Devisenaustausch mit den Beitrittsländern, später als Drehscheibe für Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung dieser Volkswirtschaften, die für die Finanzierung ihrer Entwicklung auf Ersparnisse aus dem Euro-Raum werden zurückgreifen müssen. Die deutlich höhere Marktkapitalisierung Frankfurts im Vergleich zu den Finanzmärkten der Beitrittsländer spricht unter Zugrundelegung des in Abschnitt C beschriebenen Liquiditätseffekts grundsätzlich für eine ähnliche Entwicklung wie sie sich bereits zwischen Frankfurt und den deutschen Regionalbörsen vollzogen hat. Die zuströmende Liquidität des Finanzmarkts verspricht auch eine nachhaltige Stärkung Frankfurts im Wettbewerb um die zentrale Stellung im europäischen Finanzmarkt.

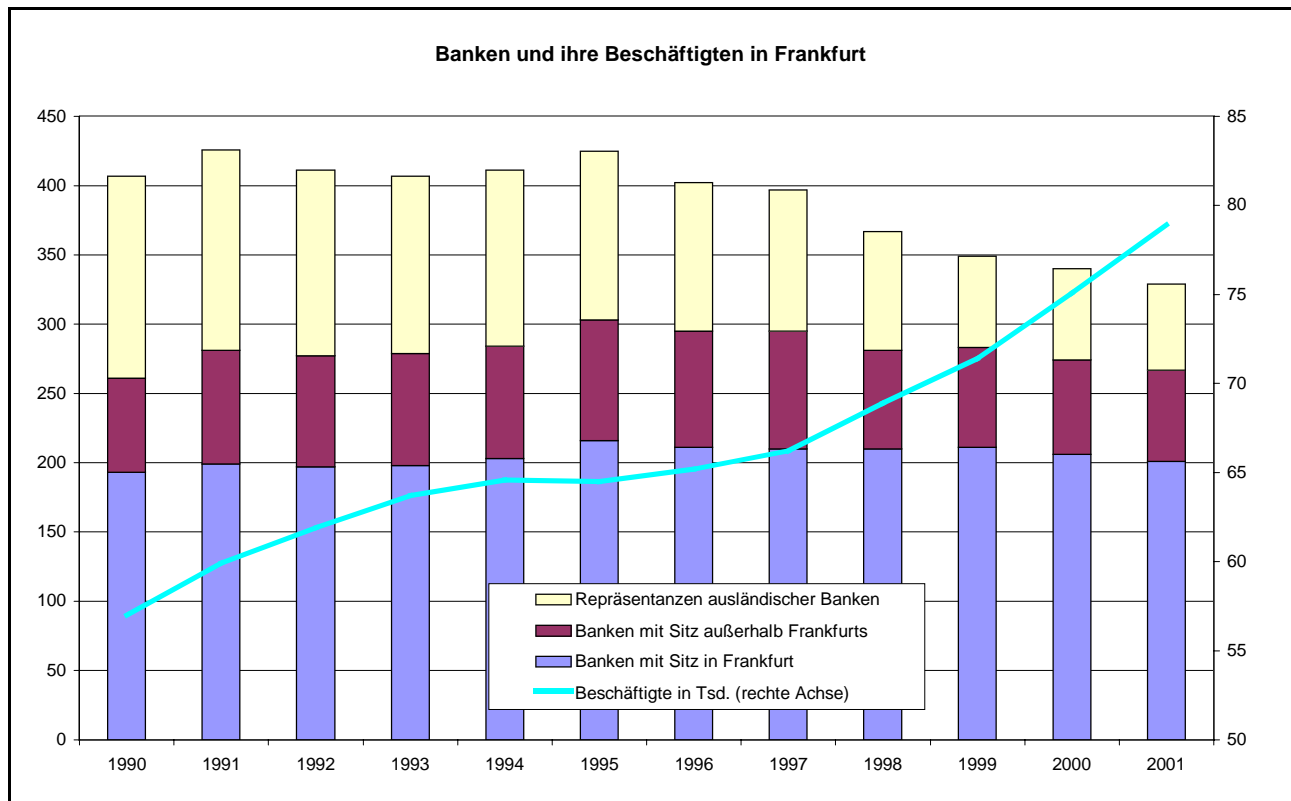
2. Risiko: Die Schwäche der deutschen Banken

Ein besonderes Risiko für den Finanzplatz Frankfurt besteht dagegen in der Ertragsschwäche der deutschen Banken. Mit einem Überschuss vor Steuern von nur 0,34% gemessen an der Bilanzsumme lag die Profitabilität der deutschen selbst in einem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht verhältnismäßig guten Jahr wie 1999 deutlich unterhalb der der Konkurrenten aus dem Euro-Raum (siehe nachfolgende Grafik). Grund für diese Ertragsschwäche der deutschen Banken ist nicht zuletzt das historisch gewachsene Drei-Säulen-System aus Privat- und Genossenschaftsbanken sowie öffentlichen Kreditinstituten (Landesbanken und Sparkassen), das freilich Zusammenschlüsse von Geldhäusern aus verschiedenen Säulen nicht zulässt.

Während in unseren europäischen Nachbarländern der Banksektor schon einen kräftigen Konsolidierungsprozess hinter sich hat, steht dieser in Deutschland immer noch



aus. In der Bundesrepublik allein bestanden nach Angaben des Bankenverbandes im Jahr 2001 mehr als 2.500 eigenständige Geldhäuser – mehr als 34% aller insgesamt im Euro-Raum ansässigen Kreditinstitute. Frankreich wies mit etwas über 1.000 Instituten weniger als die Hälfte dieser Zahl auf, Großbritannien mit rund 450 sogar nur ein Fünftel. Die Ertragsschwäche der deutschen Banken liegt somit in einem strukturellen Überangebot an



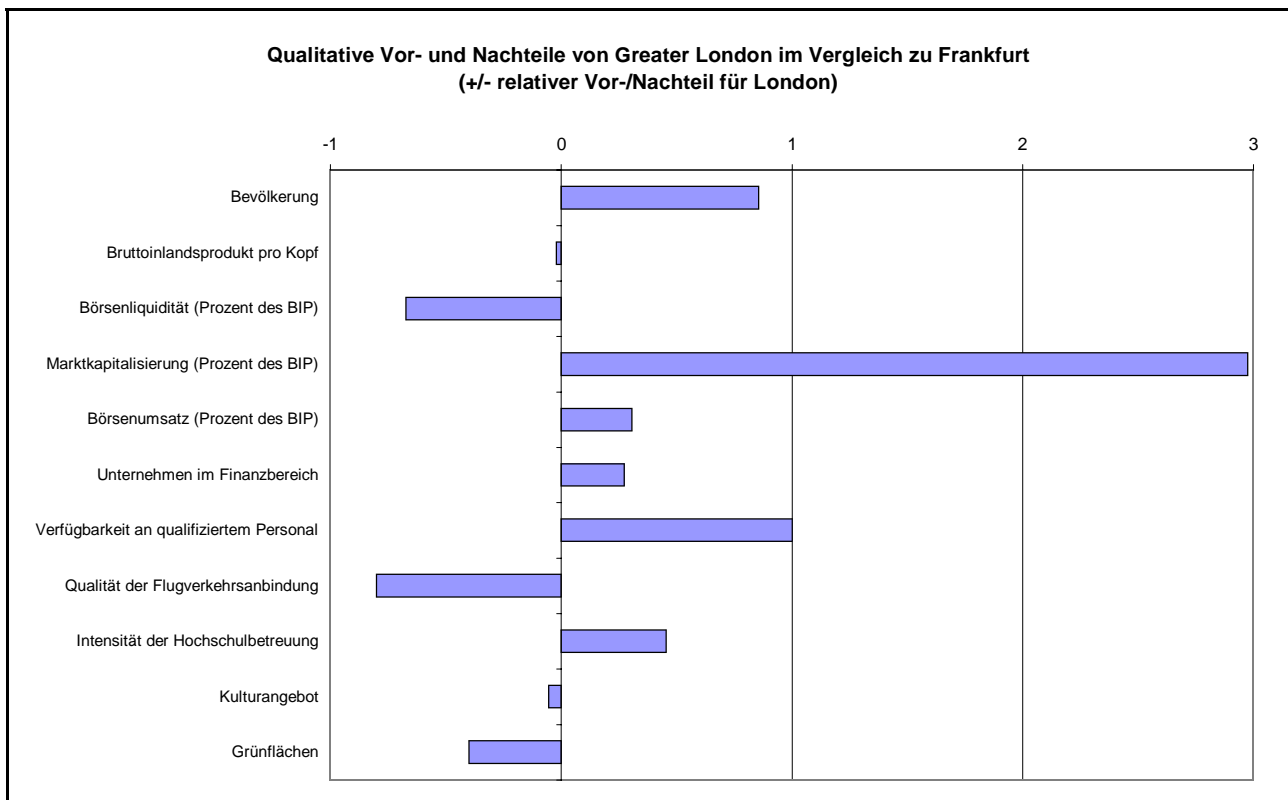
Bankdienstleistungen begründet. Sie hat zur Folge, dass die deutschen Banken jedoch im internationalen Konzentrationsprozess eher als Übernahmeziel, denn als Käufer im Gespräch sind.

Der Konzentrationsprozess innerhalb des deutschen Bankensektors wird sicherlich mit gemischten Gefühlen wahrgenommen – insbesondere dort, wo er zu einem Rückzug aus der Fläche führt. Aus einer rein Frankfurter Perspektive ist er dagegen sogar positiv zu beurteilen: Größere Banken erfordern einen höheren Steuerungsaufwand und schaffen am Hauptsitz der Banken Arbeitsplätze. Die vorangestellte Grafik verdeutlicht den inversen Zusammenhang zwischen dem Konzentrationsprozess der Banken mit Repräsentanz in Frankfurt und der örtlichen Beschäftigung im Bankgewerbe: Parallel zum Einsetzen der Konsolidierung ab dem Jahr 1996 hat sich das Tempo des Arbeitsplatzaufbaus merklich beschleunigt.

E. Frankfurt und London im Vergleich

Wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt, wird es zunächst innerhalb des Euro-Raums zur Konzentration auf einen zentralen Finanzplatz kommen. Dementsprechend findet sich Frankfurt zunächst in unmittelbarer Konkurrenz zu Paris wieder. Im Gegensatz zu Paris ist es dabei Frankfurt bislang nicht gelungen, Allianzen mit kleineren Finanzplätzen wie Amsterdam und Brüssel zu schließen. Allerdings sprechen der Faktor Zeit (Osterweiterung der Europäischen Union) sowie die höhere Marktkapitalisierung dafür, dass Frankfurt in diesem Wettbewerb die Nase vorne haben wird. Letztlich wird nach unserer Einschätzung daher die Endausscheidung über den zentralen Finanzplatz in Europa zwischen London und Frankfurt ausgetragen werden.

Frankfurt wird dabei zwar durch die Mitgliedschaft in der Euro-Zone in einer Hinsicht einen gewissen Heimvorteil genießen können, der aber schon durch die Einrichtung eines



in Euro fakturierten Marktsegments an der London Stock Exchange egalisiert werden könnte.

Um die für den Wettbewerb mit London erforderlichen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist es zwingend erforderlich, beide Finanzplätze hinsichtlich ihres jeweiligen Stärke- und Schwächeprofils zu analysieren. Dies haben wir anhand von elf Kernindikatoren getan, die in der obigen Grafik visualisiert sind. In der Grafik stellen positive Werte einen relativen Vorteil für London gegenüber Frankfurt dar, negative einen relativen Vorteil Frankfurts.

Als Fazit lässt sich aus der visualisierten Darstellung folgendes ableiten: Die Rhein-Main-Region hat in zahlreichen „weichen“ Finanzmarktindikatoren (Verkehrsinfrastruktur, Kulturangebot und Grünflächen) einen leichten Vorteil gegenüber dem Großraum London, bei den „harten“ Finanzmarktindikatoren (wie Marktkapitalisierung, Börsenumsatz und Unternehmen im Finanzbereich) liegt dagegen London klar vor Frankfurt. Besonders muss zu denken geben, dass London auch hinsichtlich der Ausbildung und Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal vor der Rhein-Main-Region liegt.

II. Handlungsbedarf

Die Analyse hat gezeigt, dass Frankfurt zwar im intensiven Konzentrationswettbewerb der europäischen Finanzplätze nicht verloren ist, aber erhebliche Defizite bestehen, die seine gegenwärtige Stellung gefährden. Frankfurt kann nicht davon ausgehen, in einem zusammenwachsenden Europa die Stellung einzunehmen, die es in Deutschland als „naturgegeben“ angesehen hat.

Nicht nur der Erhalt Frankfurts liegt im Interesse von deutschen Finanzmarktakteuren sowie Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Diese vier Ebenen müssen zur Beseitigung der Schwächen und dem Erschließen neuer Chancen auch aktiv zusammenarbeiten. Letztlich geht es um ein aktives Standortmarketing, welches neben einer Reihe von – teils erheblichen – strukturellen Verbesserungen auch über zentrale Großprojekte für eine internationale Medienpräsenz Frankfurts sorgt.

A. Finanzmarktakteure

Deutsche Börse AG, Banken und Fondsgesellschaften – sie alle sind Bestandteil des Finanzplatzes. Doch ihre positive Rolle für den Finanzplatz darf sich nicht allein an ihrer schieren Existenz oder Forderungen an die Politik erschöpfen. Sie müssen vielmehr einen aktiven Beitrag leisten, der auch in ihrer Geschäftspolitik Niederschlag findet. So ist zumindest fraglich, ob die gegen den internationalen Trend durchgeführte Zentralisierung aller Börsendienstleistungen (Handelssystem, Abwicklung und Clearing) durch die Börse AG ein positiver Beitrag zur Standortsicherung war oder nicht. Gleiches gilt für die teils ausgesprochen wankelmütige Geschäftspolitik der Großbanken, die kein positives Bild im Ausland erzeugt. Eine intensivere Abstimmung zwischen Börsen und Banken wäre ebenso wünschenswert wie ein weiter verstärktes gemeinsames Engagement der Banken bei der Förderung von Frankfurter Bildungseinrichtungen wie der Hochschule für Bankwirtschaft.

B. Bundesregierung

Die Bundespolitik hat sowohl über die regulatorische Rahmensetzung und Kontrolle als auch im nach dem 11. September 2001 im Bereich der Sicherheit wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Finanzmarktes. Mit den Finanzmarktförderungsgesetzen und der Zentralisierung der Finanzmarktaufsicht im Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen ist in weiten Bereichen der Anschluss oder sogar eine Führungsrolle in Teilbereichen erreicht worden. Zu begrüßen ist auch die Absicht, künftig das Management von Unternehmen für Fehlleistungen und Betrug stärker in die persönliche Haftung zu nehmen.

Dennoch besteht aus unserer Sicht weiterer Handlungsbedarf:

1. Der **Standort des Bundesaufsichtsamts für das Finanzwesen (BAFin)** in ist Bonn zu weit von den entscheidenden Handlungsakteuren entfernt und sollte näher an Frankfurt als Finanzplatz angesiedelt werden.
2. Aufgrund der aus den Betrugsfällen der Jahre 2001/2002 resultierenden neuen Anforderungen an die strafrechtliche Ahndung von Finanzdelikten sollte dem BAFin – ähnlich wie der amerikanischen SEC – eine **zentrale Staatsanwaltschaft (des Bundes) für Finanzdelikte** zugeordnet werden.
3. Die Zusammenlegung von Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutscher Ausgleichsbank (DtA) zu einer **Mittelstandsbank** des Bundes ist aus Gründen der

Verwaltungsvereinfachung zu begrüßen. Sie wird freilich nur bedingt dazu beitragen, die Kreditverfügbarkeit für kleine und mittelgroße Unternehmen zu verbessern, wenn nicht auch die Vielzahl von Einzelprogrammen reduziert wird. Denn die Durchleitung von Krediten über die privaten Institute leidet nicht nur an den geringen Bearbeitungsprovisionen für die Geschäftsbanken, sondern vor allem an der Personalintensität, die mit der Prüfung einer Vielzahl von Einzelprogrammen verbunden ist.

4. Für die Öffentliche Hand gilt insgesamt, dass bislang kein umfassendes Konzept für die **öffentlichen Banken** existiert. Die von der EU eingeleitete Abschaffung der Gewährträgerhaftung wird bestenfalls hinhaltend begleitet. Das blockiert den notwendigen Konsolidierungsprozess innerhalb des Bankensektors, der einen wesentlichen Nachteil für den Finanzplatz darstellt (siehe Teil I, Abschnitt D). Der Bund ist gefordert einen Rahmen zu setzen, der Fusionen zwischen privaten und öffentlichen Banken ermöglicht.

C. Land Hessen

Die Landespolitik berührt ebenfalls in vielen Punkten direkt wie indirekt die Attraktivität des Finanzplatz Frankfurt – so fallen etwa die Entscheidungen über das Ob und Wie des Flughafenausbaus nicht in Frankfurt, sondern in Wiesbaden. Die Landespolitik sollte nach unserer Einschätzung in folgenden Bereichen tätig werden:

1. In der Rhein-Main Region sind weder die Kernstadt noch die Umlandgemeinden allein lebensfähig, von außen wird die Region ebenfalls als Gesamtheit wahrgenommen. Dieser Entwicklung ist durch eine integrierte Planung und Entscheidungsfindung in allen Fragen von Regionaler Bedeutung Rechnung zu tragen. Die derzeitige Strukturen (Regionaler Planungsverband und Rat der Regionen) bieten hierfür keine geeignete Plattform. Aus unserer Sicht scheint eine Restrukturierung entlang des vom Großraum Hannover eingeschlagenen Weges vorteilhaft. Die Frage des regionalen Finanzausgleiches ist hier mit zu lösen.
2. Die neue Gefahrensituation für zentrale Wirtschaftsstandorte mit überregionaler Bedeutung durch den internationalen Terrorismus sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen erfordert die **Entwicklung von geeigneten Präventions- und Reaktionskonzepten**. Die maßgeblichen Aufgaben (Zivilschutz, Polizei) liegen hier in der Zuständigkeit des Landes. Wir halten es zudem für sinnvoll, wenn Land, Bund, Kommune und Finanzmarktakteure eine gemeinsame Arbeitsgruppe bilden, die regelmäßig das Gefährdungspotenzial abschätzen und frühzeitig Präventionsmaßnahmen einleiten.
3. Frankfurt hat gegenüber London einen ganz klaren Standortnachteil bei der Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal für den Finanzbereich (siehe Teil I, Abschnitt E). Das Land ist gefordert, hier durch **stärkere Schwerpunktsetzung in der universitären Ausbildung** Abhilfe zu schaffen. Ein mögliches Projekt wäre die Aufwertung der Bankhochschule mit Promotionsrecht. Allerdings sollten auch die Studiengänge an der Goethe-Universität auf ihre Schwerpunktsetzung hin überprüft werden. Auch Kooperationen und Schwerpunktabstimmungen mit den angrenzenden Universitäten in Mannheim und Mainz sollten zumindest angestrebt werden.
4. Aufgrund der hohen Bedeutung der EU-Osterweiterung für die Zukunftsfähigkeit des Finanzplatz Frankfurt sollte Hessen in Frankfurt ein Osteuropa-Zentrum einrichten. Dieses sollte unter einem Dach ein wissenschaftliches Centre of Excellence, eine

spezialisierte Wirtschaftsförderung für wechselseitige Investitionsprojekte und eine Kultureinrichtung vereinigen.

D. Stadt Frankfurt

Frankfurt leidet an strukturellen Schwächen, welche der Formulierung einer kohärenten Vision für den Finanzplatz im Wege stehen. Eine solche Vision ist jedoch unabdingbar, wenn man für die internationale Finanzcommunity attraktiv sein will. Selbst wenn man der Fairness halber zugesteht, dass Frankfurt an den Defiziten der zersplitterten Regionalorganisation nicht Schuld ist, so muss Frankfurt ein Entwicklungsziel definieren und nachhaltig und konsequent verfolgen.

1. Die Entwicklung der Stadt muss anhand **klar definierter Entwicklungsziele** vorangetrieben werden. Die Stadtpolitik muss im finanziellen, infrastrukturellen und kulturellen Bereich klare Schwerpunkte setzen mit dem Ziel, die Alleinstellungsmerkmale Frankfurts zu definieren und gezielt weiterzuentwickeln.
2. Der **bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur** ist als ein Hauptziel der Kommunalpolitik zu definieren. Bislang werden wichtige Projekte oft ergebnislos diskutiert. Auch wenn hier die Regionenfrage eine Rolle spielt, scheint die Frankfurter Politik doch nicht wirklich unzufrieden zu sein, wenn der „Schwarze Peter“ einer anderen Ebene zugeschoben werden kann. Die Stadt Frankfurt muss sich in diesen Fragen klar positionieren, dies gilt auch für die Haltung zum Flughafenausbau! Frankfurt muss finanziellen Handlungsspielraum gewinnen. Ausbau der Infrastruktur, Stadtmarketing und kulturelle Attraktivität sind nicht zum Nulltarif zu haben. Mit einem nur unter Vorbehalten und Auflagen genehmigten Haushalt ist Frankfurt derzeit nicht handlungsfähig. Abgesehen von der Frage des regionalen Finanzausgleiches (siehe oben) ist Frankfurt eine strukturell gesunde Stadt, die in der Lage sein muss, mit ihrem „Einkommen auszukommen“. Die bisher noch nicht im Ansatz realisierten Rationalisierungspotentiale der Stadtverwaltung müssen gehoben werden.
3. Das **politische Management** Frankfurts muss professionalisiert werden, um in die Lage versetzt zu sein, die Stadt wirklich strategisch zu führen. Neun hauptamtliche Magistratsmitglieder führen zu einer Zersplitterung der Zuständigkeiten, erschweren die Entscheidungsfindung und führen zu unnötigen politischen und administrativen Reibungsverlusten. Unternehmen mit einer vergleichbaren Bilanzsumme, die dem Verwaltungshaushalt Frankfurts entspricht, kommen mit der Hälfte oder sogar einem Drittel an Vorständen aus. Aus Gründen einer einheitlichen Stadtentwicklung halten wir eine Reduzierung auf maximal fünf hauptamtliche Magistratsmitglieder für geboten. Die Dezernate sollten entsprechend zusammengelegt werden.
4. Das ökonomische **Stadtmarketing** ist nachhaltig zu verbessern, indem der Wirtschaftsförderung der Status einer One-Stop-Agency für alle Ansiedlungsprojekte zugesprochen wird. Die Wirtschaftsförderung sollte zudem das Recht haben, Stockungen im Planungsprozess von Ansiedlungsprojekten nach Rücksprache mit dem Magistrat zu beschleunigen.

E. Großprojekte zum Standortmarketing

Die beschriebenen Verbesserungen im Detail sind notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Bestehen Frankfurts im Wettbewerb der europäischen Finanzplätze. Als hinreichende Bedingung muss jedoch ein aktives Standortmarketing betrieben werden. Es geht darum, Frankfurt auf internationaler Bühne als attraktive und zukunftsorientierte

Metropole im Zentrum Europas im Gespräch zu halten. Der beste Hebelpunkt hierfür sind größere Projekte, die wie Leuchttürme überregional ausstrahlen. Dieses internationale Branding sollte in Zusammenarbeit mit der gesamten Rhein-Main-Region.

Möglichkeiten hierfür wären etwa architektonisch anspruchsvolle Stadtentwicklungsprojekte beispielsweise im Rahmen des Neubaus der EZB oder der Ausbau Rüsselsheims zu einer zukunftsorientierten „Öko-Stadt“. Frankfurt hat in dieser Hinsicht sicherlich kein Ideen-, sehr wohl aber ein Umsetzungsproblem. Projekte dieser Dimension sind aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn sie erst vorgestellt und dann in der öffentlichen Diskussion zerredet werden. Daher schlagen wir die Einrichtung einer branchenübergreifenden, netzwerkähnlichen Expertengruppe vor, die derartige Projekte vorbereitet.